

Nr. 248. Halle wöchentlich 2,50 M., bei postulanten Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgeb., Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5522 des amtl. Zeit.-Verz.

Halle die Redaktion verantwortlich: Dr. Gustav Schulze in Halle. [Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. Aufh.-Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Einmünddreihigster Jahrgang.

Werden die Spaltzeile ober deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bestellen die Zeile 60 Pf. erscheint wöchentlich fünfmal; Sonntag und Montags einmal, sonst zweimal täglich. [Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Die zweite Lesung der Vereinsrechtsnovelle.

Nur einen Tag hat das Abgeordnetenhaus gebraucht, um die zweite Beratung der Vereinsrechtsnovelle vorzunehmen. Eigentlich waren alle Auseinandersetzungen politischer Natur missig, weil jedermann überzeugt war, daß er niemand überzeugen werde. Der Worte sind genug gewechselt, Tölpeln wollte man kein, Absichten. Was an einigen Tagen der zweiten Beratung noch von den einzelnen Rednern geäußert wurde, das erreichte auch kaum das Mittelmaß. Herr v. d. Riede war am Ministerlich, er allein. Wenn er behauptete, daß das Gesetz kein Anlaß der Reaktion sei, wenn man von Reaktion spreche, wenigstens von geheimer Reaktion reden müßte, so war das ein Schlagwort, das vernünftigen in volle mannigfache Köpfschmerzen erregen wird. Herr v. d. Riede war allerdings auch der Meinung, daß die Presse in diesem Falle gar nicht die öffentliche Meinung wiedergebe, sondern sie fälsche. Mit demselben Recht könnte der preussische Minister des Innern behaupten, daß das Fernometer, das dranhin am Fenster angebracht ist, das Wetter nicht anzeige, sondern fälsche. Niemals ist eine Opposition gegen einen Gesetzentwurf, die von der Presse betrieben wurde, von der großen Menge des Volkes lebhafter unterstützt worden als diesmal bei der Volksstimmung, dann bei dem Umfuzgesetz und jetzt bei dieser Vereinsrechtsnovelle, die man mit Recht als eine neue und verschärfte Auflage des Umfuzgesetzes bezeichnet hat.

Aber es ist fernzujeden für die Lage der Regierung, daß sie selbst in dem Dreifachwahlgesetz hervorgegangenen Abgeordnetenhaus keine Mehrheit finden konnte. Alles, worauf die Regierung Wert legt, ist abgelehnt worden. Abgelehnt worden sind auch die Anträge der konservativen Partei und zumal die der Freisinnigen, die der Novelle den Charakter eines Ausnahmengesetzes gegen die Sozialdemokratie anwischen wollten. Eine Reihe von Bestimmungen wurden vorgenommen, und die der Regierung günstige ergab immer noch eine Mehrheit der Opposition von dreizehn Stimmen. Nur allerdings ist das Schicksal der Vorlage gleichwohl an diesem Tage nicht entschieden worden; denn es hat sich eine Mehrheit für die Aufhebung der Winterferien aus den politischen Vereinen und Versammlungen gefunden, und da also diese Bestimmung ebenfalls angenommen wurde wie die Aufhebung des Verbindungsverbots, so ist überhaupt ein Rest von Gesetz übrig geblieben, so daß noch eine dritte Lesung erfolgen kann und muß. Wäre auch dieser Rest abgelehnt worden, so hätte nach § 17 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses eine weitere Beratung nicht stattgefunden. Jetzt ist die Lage anders. Nach der Geschäftsordnung erfolgt die dritte Beratung frühestens am zweiten Tage nach dem Abschluß der zweiten Beratung, und erst bei dieser dritten Beratung zum Schluß wird sich zeigen, ob der Gesetzentwurf an das Herrenhaus geht. Denn auch wenn wiederum, wie in der zweiten Lesung, einzelne Bestimmungen Annahme finden, so kann doch das ganze Gesetz abgelehnt bei der Schlussabstimmung abgelehnt werden. Denn der vierte Absatz des § 18 der Geschäftsordnung lautet: „Am Schluß der Beratung wird über die Annahme oder Ablehnung des Gesetzentwurfs abgestimmt.“ Hier also wird sich erst entscheiden, ob die konservative Partei, wie Graf Limburg-Ström in der Kommission ankündigte, gegen den ganzen Gesetzentwurf in der verifizierten Form stimmt, weil er ihr ganz und gar nicht ausreichend erscheint. Dasselbe Taktik beobachtete die konservative Partei im Jahre 1890, als es sich um die Verlängerung des Sozialistengesetzes handelte. Auch damals stimmte sie gegen das ganze Gesetz, weil es ihr nicht weit genug ging. Eine ähnliche Entscheidung ist gegenwärtig mindestens wahrscheinlich.

Wenn abdam die konservative Partei gegen das Gesetz stimmt, so wird es im Ganzen abgelehnt werden. Denn ohne Zweifel wird dann auch das Centrum und selbstverständlich die Linken für die Verwerfung des ganzen Gesetzes stimmen. Demnach hätte der Entwurf überhaupt nicht mehr an das Herrenhaus, könnte also auch dem Herrenhaus nicht mehr an das Abgeordnetenhaus verschickert zurückkommen. Anders wäre jedoch die Lage, wenn bei der dritten Lesung die konservative Partei entweder für das Gesetz stimmte, um eine weitere Verschärfung etwa durch das Herrenhaus zu ermöglichen, und auf eine zufällige Änderung der Parteiverhältnisse bei einer wiederholten Lesung spekulierte, oder aber sich aus denselben Gründen der Abstimmung enthielt. Dann könnte das Gesetz an das Herrenhaus wandern und verschickert aus dem Herrenhaus wieder an das Abgeordnetenhaus gelangen, wo ebenfalls nach einundzwanzig Tagen eine wiederholte Abstimmung nötig ist, da die Ausschließung der Mitglieder aus den Beratungen ungewisslich eine Verfassungsänderung enthält und für Verfassungsänderungen die Vorchrift getroffen ist, daß eine wiederholte Abstimmung mit einem Zwischenraum von mindestens einundzwanzig Tagen erfolgen muß. Hier hätte man also alle möglichen Wechselfälle noch in Rechnung zu stellen. Allein nachdem sich jetzt eine Mehrheit von weitaus dreizehn Stimmen gegen die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs herausgestellt hat, wird vermutlich die konservative Partei die Zustimmung ausgeben, bei einer wiederholten Abstimmung das Haus zu übermitteln, und daher darf man die Entscheidung in der Sitzung vom Montag erwarten. Jedemfalls hat die Verhandlung darüber Klarheit gebracht, daß eine wirkliche Mehrheit für die Pläne der Regierung auch in diesem lakonischen Abgeordnetenhaus nicht vorhanden ist. Welche Konsequenzen das Staatsministerium aus dieser entscheidenden Tatsache ziehen wird, das bleibt abzuwarten. Einwischen jedenfalls ist den Umfuzgesetzen einigermassen das Sandwert gelegt. Denn jedenfalls kann der Reichstagler,

wenn er am Ruder bleibt, solchen Geheiß gegenüber sich darauf berufen, daß er nicht einmal in dem preussischen Abgeordnetenhaus ein neues Corps der Kundränge eine Mehrheit für ein neues Umfuzgesetz findet. Die Abstimmung des Abgeordnetenhauses vom Freitag ist ein ganz unabweisbares Misstrauensvotum gegen die Mehrheit des preussischen Staatsministeriums und ganz besonders gegen den Minister des Innern Freiherrn von der Riede.

Deutsches Reich.

Das Herrenhaus und der neue Kurs.

Dem Herrenhaus scheinen die Worte des Ministers v. Böttcher im Reichstage, daß das Herrenhaus doch auch ein gesetzgebender Körper sei, zu Kopfe gestiegen zu sein. Die Herren haben schon vor Jahren einmal Kritik geschlagen, damals gegen das Abgeordnetenhaus, weil dasselbe den Etat so spät fertiggestellt hatte, daß dem Herrenhaus nur kurze Zeit zur Beratung blieb, wenn der Etat am 1. April publiziert werden sollte. Ein anderes mal haben sich die Herren darüber beklagt, daß fast alle wichtigeren Vorlagen zuerst an das Abgeordnetenhaus gelangen und sie zu wenig beschäftigt würden. Das waren immer nur Symptome böser Laune. Diesmal aber hat das hohe Haus Protest dagegen erhoben, daß die Erhöhung der Beamtengehälter im Etat erfolgt ist, so daß das Herrenhaus nur die Wahl hat, den ganzen Etat abzulehnen oder die Beschlässe des anderen Hauses gutzuheißen. Die Erhöhung der Gehälter habe in einem Geleise zu erfolgen, und dieses hätte auch dem Herrenhaus zur Beratung bezw. Abänderung vorgelegt werden müssen. Die Beamten können sehr zufrieden damit sein, daß es nicht geschieht. Der Antrag v. Malgahn weist in seiner Begründung darauf hin, daß es sich bei dieser Frage u. a. um die Opportunität einer höheren Dotierung ganzer Kategorien von Beamten, die wenigstens zum Leben ausreichen, gegenüber dem Kommando um das tägliche Brot und der Roth eines großen Teiles unserer Bevölkerung gehandelt habe. Hätte das Herrenhaus über die Beamtenerhöhungen im einzelnen zu beschließen gehabt, so wäre die Vorlage gar nicht oder nur in sehr beschränkter Ausmaße zustande gekommen. Der Herr Finanzminister hat vorgezogen in langen Reden nachgewiesen, daß dieser Anspruch in der Vorlesung nicht begründet und bisher nie erhoben sei, daß die Beschaffung der Gehälter — mit der einzigen Ausnahme der Regelung der Richtergehälter nach der Justizorganisation — stets nur im Etat erfolgt sei; ja daß sogar das Gesetz über die Oberrechnungskammer ein anderes Verfahren unmöglich mache. Wären die Gehaltserhöhungen durch Gesetz festgestellt worden, so würde es fälschlich immer Geleise bedürfen, wenn im Etat eine Änderung einzelner Gehaltsätze beschloßig würde. Unter diesen Umständen war es eine leere Drohung, wenn die Herren v. Malgahn und Genossen, d. h. die Agrarier des Hauses, in der Begründung erklärten: „Es wäre nicht zu empfehlen, wenn das Herrenhaus erst gezwungen werden sollte, die feineren Vorkontingente seines Reiches als das gegebene und aufgegebenen Motiv für die Ablehnung des ganzen Etatsgesetzes in Zukunft zu bezeichnen.“ Das Herrenhaus würde seinen Gegnern keinen größeren Gefallen thun können, als wenn es aus dem angegebenen Grunde in Zukunft einmal den ganzen Etat ablehnen sollte. Das Haus hat zwar schließlich den Antrag Malgahn in einer milderen Fassung angenommen, indem es die Frage, ob die Regelung der Beamtengehälter nicht im Etat, sondern in der Form eines Finanzgesetzes zu erfolgen habe, offen ließ, aber die Frage für die Zukunft bejaht wissen wollte. Mit anderen Worten: es hat die Sache nicht zum offenen Konflikt mit dem Finanzminister und dem Staatsministerium treiben können. Und das war jedenfalls das Mächtige, was die Herren thun konnten. Immerhin ist der Antrag Malgahn ein Symptom dafür, daß die Ansprüche des Unterhauses in unheimlicher Weise im Wachsen begriffen sind.

Landwirtschaftsstatistik.

In einer Sondernummer der „Statist. Korr.“ wird auf Grund der Zensus- und Gewerbezählung von 1895 ein umfassendes Zahlenmaterial zur landwirtschaftlichen Wirtschaftsfaktistik in Preußen mitgeteilt. Dasselbe ergibt in allen seinen Tabellen von neuem, wie gering selbst in Preußen die Zahl der Großgrundbesitzer, in deren Interesse fast alle agrarischen Forderungen gestellt werden, im Vergleich zur Zahl der mittleren und vollends zu derjenigen der kleinen Grundbesitzer ist. Wir nehmen als Beispiel die Tabelle der landwirtschaftlichen Hauptbetriebe mit ausschließlichem Eigenland. Hier machen die Hauptbetriebe (bis zu 1 Hekt. Anbaufläche) 4,61 Proz. der Gesamtzahl und 0,20 Proz. der gesamten Wirtschaftsläche aus, die Kleinbetriebe (1 bis 5 Hekt. Anbaufläche) bezw. 34,29 und 5,33 Proz., die Mittelbetriebe (5 bis 100 Hekt. Anbaufläche) 59,36 und 60,72 Proz., die Großbetriebe (100 Hekt. Anbaufläche und mehr) 1,74 Proz. der Gesamtzahl der Betriebe, aber 33,75 Proz. der Wirtschaftsläche aus. Unter den Mittelbetrieben nähern sich nur 3,22 Prozent der Zahl mit 11,16 Hekt. der Wirtschaftsläche in der Liebereinstimmung der Interessen einigermassen den Großbetriebe; denn nur diese 3,22 Proz. haben einen Besitz von 50 bis 100 Hekt. Land, während rund 21 Proz. nur 5 bis 10, rund 18 Proz. nur 10 bis 20 und rund 15 Proz. 20 bis 50 Hekt. besitzen. Daß die Kleinbetriebe bis 5 Hektar und vollends die Zwergbetriebe bis 1 Hektar einen Interessengemeinschaft mit dem Großgrundbesitzer haben, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Die preussische Regierung hat erklärt, sie habe bei der Nationalbank 110,000 Taler zur Einlösung der Coupons von 15. Juni und 1. Juli hinterlegt. Für die Coupons sind ungefähr 170,000 Taler erforderlich, so daß an dieser Summe noch

60,000 Taler fehlen würden. In Berlin und in den reichlichen Anteilen besonders interessierten Stellen wird indes angenommen, daß die Coupons in der bisherigen Höhe von 30 Proz. ihres Nennwertes zur Einlösung gelangen werden.

Parlamentarisches.

Ueber die Bestimmungen innerhalb der Centrumpartei gegenüber der Handwerkerrolle plaudert die „Weißener Zig.“ des Abg. Finsang einiges aus der Schule. Danach ist man im Centrum über die Brauchbarkeit der Vorlage sehr geteilter Meinung. Die Beratung derselben noch in dieser Session zu Ende zu führen, wäre jedem bis vor kurzem nicht beschloßig gewesen, und es erscheint uns so verstellend, gerade bei dieser Gelegenheit die Absichten zu veröffentlichen, weil nicht wenige Mitglieder der Fraktion der Abstimmung absichtlich fern geblieben seien, um nicht die Einzel jener zu hören, welche glauben, mit dieser Handwerkerrolle das Ei des Kolumbus nicht allein gelegt, sondern auch ausgebrocht zu haben. Damit ist festgelegt, daß das absichtliche Fernbleiben der Absichten, die Diktationspolitik und wie es sonst Abg. Badem genannt hat, gerade seitens mehrerer Mitglieder der Centrumpartei betrieben worden ist.

Parteinachrichten.

In Saarbrücken fand am Fünftagesfrühstage eine von der nationalliberalen Bürgerpartei einberufene, von über 300 Personen besuchte Versammlung statt, zu der auch die verwandten politischen Richtungen eingeladen waren. Dieselbe nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die heutige Wählerverteilung erklärt, daß sie fast entschlossen ist, bei den nächsten Landtags- und Reichstagswahlen nur solchen nationalgelauten Kandidaten die Stimme zu geben, die in völliger politischer Unabhängigkeit die Bürgerpflicht wahrhaben, daß sie jedem Versuch der Beeinträchtigung der verfassungsmäßig gewählten Volkswelt und der politischen Freiheitsergänzung entgegenzutreten und damit eine Regierungswahl wolle für unter Anderem zu verhindern suchen, wie wir sie hier im Saargebiet zum Schaden des nationalen und monarchischen Empfindens und mit Gefährdung des öffentlichen Friedens haben ertrogen müssen.

Diese Resolution, die nach einem Referat über die ablehnende Ministerialantwort aus einer vorjährige Annahmehinngabe betreffend der Stimmungs-Bevormundungsversuche angenommen wurde, soll sämtlichen Regierungsbehörden, auch den Ministern, zugehen. Die Unzufriedenheit der Versammlung mit der kurzen Antwort auf die Eingabe soll den drei unterzeichneten Ministern übermitteln und gebeten werden, die in der Eingabe beantragte Zusagevernehmung stattfinden zu lassen.

Der Parteitag der polnischen Sozialdemokraten wird wegen der Unmöglichkeit, in Polen ein Lokal zu erlangen, in Berlin abgehalten werden.

Berwalung und Reichstagsfrage.

Auf die seitige Verwalter hat die russische Regierung die sofortige Ausstellung vierwöchiger Geldpässe an Deutsche in den polnischen Grenzorten angeordnet.

Das „Wittkammer“ eine treffende Beschreibung für die Provinz kommen ist, zeigt ein Bild in das „Kommerische Güterverzeichnis.“ Laut Register finden sich in Bommern: 41 v. Buntfarn, 37 Solb, 38 Schulz und Schulz, 29 v. Bismarck, 29 von der Osten, 29 Graf von Scher, 27 von Baum, 27 von Flemming, 26 Schmidt, 23 Krüger, 22 von Voigt, 21 Müller, 20 von Köster.

Zusland.

Der Kampf um Nigergelbiet.

In England haben die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die endgültige Abgrenzung der untern Nigergelbiet natürlich die vollste Aufmerksamkeit gefunden. Darum war es bekannt geworden, daß zwischen Berlin und Paris eine Fernabstimmung über diesen Fall erfolgt sei, so erschienen in englischen Zeitungen Artikel, in denen die Priorität Englands in der Erwerbung der Nigergelbiet dargelegt werden sollte. Die „African Times“ brachten schon am 5. Mai einen Artikel „Zwanzig Jahre in West-Afrika.“ Der Verfasser legt den Anfang des britischen Eindringens in West-Afrika in das Jahr 1876 und erinnert daran, daß englische Firmen schon 1879 die National African Company gebildet hätten. Die Portugiesen sind noch dort, ihr Besitz ist aber nur ein Schatten ihrer früheren Macht; dafür haben Engländer, Franzosen und Deutsche sich dort festgesetzt. „Die Franzosen,“ so heißt es weiter, „hätten früher nur ein sentimentales Interesse an jenem Teile von West-Afrika, doch begannen sie 1879 in Senegambien mehr praktisch vorzugehen; sie bauten Forts und Eisenbahnen und bis 1883 war eine Reihe von Stationen von Senegal bis zum oberen Niger errichtet. Im Jahre 1884 wurden die Deutschen in Togo und Kamerun, und machten solche Aufträge in Togo und Kamerun, und machten solche Aufträge in Kamerun, daß wir es nur der Hilfe von G. Klobes zu danken haben, wenn nicht ganz Nordafrika (?) in ihren Besitz kam.“ Wie sehr auch die englische Regierung sich mit der Nigergelbiet beschäftigt, geht aus den jüngsten Erklärungen des Lord Salisbury im Oberhaus hervor. Er sagte, die Regierung erkenne die vielen Schwierigkeiten wegen der Stellung der Nigergelbiet infolge der Behauptung mit benachbarten Mächten an, deren Gebiete nicht sehr weit abgezogen seien. Ein unmittelbarer Einfluß der Regierung sei erwünscht. Was die zurückhaltenden Äußerungen bedeuten, versteht man erst, wenn man weiß, daß schon seit mehreren Jahren erwogen wird, das Gebiet der Nigergelbiet in königliche Verwaltung zu nehmen. Offenbar ist das Foreign Office nun zu diesem Schritte entschlossen. Dadurch bekommt man den anderen





Fortlaufend bedeutende Eingänge der hervorragendsten Neuheiten in:

# Kragen, Costumes,

Umhängen, Jackets, Staub- und Regen-Mänteln, Blousen, Blousenhenden, Damen-Oberhänden, Morgenröcken, Unterkleidern, Knaben- und Mädchen-Confection.

Vornehmer Geschmack. — Tadelloser Sitz. — Sauberste Verarbeitung.

Anerkannt grösste Auswahl der apartesten Neuheiten in feinem

# Damenputz.

Garnirte und ungar nirte Damen- und Mädchen-Hüte, vornehmer, solider Geschmack, Pariser Modellhüte, Wiener Reise-Hüte, Knaben-Hüte u. Mützen, Seidenband, Schleiertulle, Blumen, Spitzen, Stickereien, Rüschen, Handschuhe, Fächer, Sonnen- und Regen-Schirme etc.

Aussergewöhnlich billige Preise.

# Geschäftshaus J. Lewin

Halle a. S.

Marktplatz 2 u. 3.

**Nur für Kenner!**  
**Excelsior-**  
 Fahrräder v. Gebr. Conrad,  
 Brandenburg a/S.



Stoßfedergant, dauerhaft  
 Preiswerth.  
**Halbrennräder,**  
 schwere und leichte  
**Tourenmaschinen**  
 u. **Damenfahrräder**  
 empfiehlt  
**Paul Naseberg**  
 Uhrmacher,  
 Große Ulrichstraße 48.  
 Reelle Garantie.  
 Reparaturen in eigener Werkstatt.

**Wilh. Heckert**  
 Gr. Ulrichstraße 62  
 empfiehlt  
 zu ermäßigten Preisen




**Eis-**  
**schränke**

neuester Construction, solideste Ausführung, für Haushaltungen, Restaurants, Fleischer, Milchhandlungen in ca. 30 verschiedenen Größen.

**Garten- u. Balkon-Möbel, Transportable Rollschutzwände, Rasenmäschinen, Schlandwagen, Gartenpflügen.**

**Eismaschinen** für Haushaltungen und Hotels.

**Fliegenschränke, Conservenbüchsen Perfect und Patent Schiller.**  
 Messing-Einmachekessel, Fruchtpressen in 6 Größen.

**Prima emaillierte Kochgeschirre in großer Auswahl billigst.**

**Wer seine Uhr gut**  
 und billig reparirt haben will,  
 bemühe sich zu  
**C. Hammer,**  
 Uhrmacher,  
 Leipziger Strasse 42.  
 Alles Neue Feder 1 Mt., Glas 10 Pf.  
 unter Beiger 10 Pf., Bügel 10 Pf.  
 Garantie. Schüssel 5 Pf.

**Schmackvolle**  
**Jubiläums-Geschenke**  
 in allen Preislagen.  
**F. R. Tittel,**  
 Schmeerstr. 3.

**Preisende**  
**Geburtsstags-Geschenke**  
 in großer Auswahl  
**F. R. Tittel,**  
 Schmeerstr. 3.

**Praktische**  
**Andenken**  
 an die Beendigung der Lehrzeit für Handwerker  
 in Maschinenfabriken etc.  
**F. R. Tittel,**  
 Schmeerstr. 3.

**O. Brünler,**  
 Eilenburg,  
 Maschinenfabrik,  
 baut als Specialität  
**Gas- u. Benzin-Motoren.**



Die Motoren sind gut gebaut, arbeiten  
 absolut sicher und sehr öconomisch.  
 Weitchendste Garantie.

Zum Anpflanzen empfiehlt:  
**Berbernen, Fuchjien, Geranien, Heliotrop,**  
**Petunien,** sowie alle Arten von Teppichbeet- und Blattpflanzen,  
 Leuchtblumen, Akeben, Rhlox und anderen Sommerblumen.  
**G. Herz,** Datz 42 und 43,  
 Handelsärztner.

**Pensionat Villa Toller, Goslar a. Harz.**  
 Das ganze Jahr geöffnet. Mässige Preise.

**Neuheiten**  
 in  
 Broschen,  
 Armbändern,  
 Uhrketten,  
 Halsketten,  
 Ohrringen,  
 Haarschmuck



empfehlst zu soliden Preisen  
**Albi. Hentze, Schmeerstraße 24.**

**Ferd. Gabler, Mechaniker,**  
 Anhalter Str. 17,  
 Generalvertreter der altrenommirten  
 Fahrradwerke von G. W. Dünze,  
 Magdeburg, bringt seine leicht-  
 fahrenden und dauerhaften Maschinen  
 für Solo- und Tandem in empfeh-  
 lende Erinnerung. Reelle Garantie.  
 Constanter Zubehörsgegenstände.  
 Reparaturen  
 werden unter meiner Leitung sach-  
 gemäß und billig ausgeführt.



**Storb- und Kinderwagenhandlung**  
 obere Leipzigerstr. 45 im Hause  
**Hôtel Stadt Berlin.**



Empf. große Aus-  
 wahl in  
**Kinderwagen**  
 (neue Modelle)  
 10-60 Mark.  
 Kinderwagen (Drei-  
 rad) 10-40 Mark  
 mit Gummiräder,  
 Kinderwagen  
 mit vieredigen  
 Storb u. Berbet,  
 sehr beliebt auf  
 Land. 10-20 Mt.  
 und Reisekörbe, alles sehr mässige  
 Preise.  
 C. Nesse.

**Atelier für künstl. Zahnerlag,**  
 Plombirungen (spec. Gold), Zahn-  
 Operationen zu sol. Preisen. Sprech-  
 stunden: Au d. Mitt-  
 9-5 Uhr.  
**A. Bolhe,** vertritt d. B.  
 früher bei Prof. Dr. Holländer.

Bür den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Gendel. Mit 4 Beiläutern.